

# Dänemark

Anne Pintz

Im vergangenen Jahr wurde die Politik in Dänemark vorwiegend von der Covid-19-Pandemie und den Bemühungen der dänischen Regierung und der Europäischen Union (EU), die Konsequenzen der Pandemie abzufedern, geprägt. Im Gegensatz zu den Vorjahren, in denen eine europafreundlichere dänische Politik, auch im Zuge des Brexit, diskutiert wurde, war die dänische Europapolitik im letzten Jahr in der Tendenz etwas europaskeptischer. Dies zeigte sich unter anderem in Dänemarks Haltung in den Verhandlungen zum mehrjährigen Finanzrahmen und dem NextGenerationEU.

## Covid-19-Pandemie

Als einer der ersten EU-Mitgliedstaaten führte Dänemark im Frühjahr 2020 coronabedingte Beschränkungen in Wirtschaft und Gesellschaft ein. Während diese Maßnahmen über den Sommer schrittweise gelockert wurden, kam es im Herbst 2020 wie in vielen weiteren europäischen Ländern im Zuge der „zweiten Welle“ zu erneuten Verschärfungen. Nach einer de-facto Schließung des gesellschaftlichen Lebens im Dezember 2020 wurde das Land seit März 2021 schrittweise wieder geöffnet.<sup>1</sup> Die Diskussionen um die Restriktionen wurden zudem von Debatten um Nerz-Tötungen und das neue Epidemiegesetz begleitet.<sup>2</sup>

Die dänische Regierung setzte auf eine ambitionierte Teststrategie und baute Testkapazitäten schnell aus. Schon im Oktober 2020 sah die Teststrategie vor, bis zu 80.000 Personen pro Tag zu testen. Im März 2021 gab es etwa 500 Teststandorte mit Kapazitäten von täglich 400 000 Tests. Dies stellte ein zentrales Element des Wiedereröffnungsplanes der Regierung dar. Nur Personen, die einen negativen Test oder eine Impfung vorwiesen, erhielten Zugang zu bestimmten Dienstleistungen. Dies konnte mit einem digitalen Coronapass nachgewiesen werden, welcher seit März 2021 ausgestellt wird.<sup>3</sup>

Im Dezember 2020 begann Dänemark mit der Impfkampagne und konnte schnell Fortschritte vorweisen. Die dänische Regierung hatte zunächst geplant, bis zum 27. Juni 2021 allen Menschen über 16 Jahren einen Impfstoff anzubieten. Im April 2021 ließ Dänemark als erstes Land in Europa allerdings den Covid-19-Impfstoff von AstraZeneca aufgrund von Sorgen über seltene Fälle von Hirnvenenthrombosen fallen, im Mai 2021 den von Johnson&Johnson. Dies hat die dänische Impfkampagne um mehrere Wochen verzögert. Seitdem setzt das Land seine Impfbemühungen mit den Impfstoffen von Pfizer/BioNTech und Moderna fort. Der aktuelle Endtermin der Kampagne liegt am 12. September 2021.

---

1 Julie Ottosen/Malthe Ancher-Jensen: Tidlinje over Coronakrisen: Hvad skete der og hvornår?, in: Tænk tanken EUROPA, 11.6.2021.

2 Carsten Schmiester: Angst vor Corona-Mutationen: Dänemark lässt Millionen Nerze töten, in: SWR, 20.10.2020; Thomas Knudsen: Befristetes Sonderrecht, in: Neues Deutschland, 12.4.2021.

3 Sundhedsministeriet: COVID-19: Teststrategi, abrufbar unter [https://sum.dk/Media/E/2/COVID-19\\_Teststrategi\\_250321.pdf](https://sum.dk/Media/E/2/COVID-19_Teststrategi_250321.pdf) (letzter Zugriff: 12.6.2021).

Mit den Präparaten von AstraZeneca und Johnson&Johnson können sich Menschen in Dänemark seit Ende Mai 2021 nur nach vorheriger ärztlicher Beratung impfen lassen.<sup>4</sup>

### **Dänemark, die EU und Covid-19**

Das Bewusstsein über die Notwendigkeit der europäischen Einheit ist während der Pandemie auch in Dänemark gewachsen. Allerdings spiegelte sich dies nicht unbedingt in der dänischen Politik wider.

Unabhängig von den gemeinsamen Bemühungen der europäischen Impfstrategie kündigten Dänemark, Israel und Österreich im März 2021 eine Allianz zur Entwicklung und Herstellung von Coronavirus-Impfstoffen der nächsten Generation an. Hierzu planen die drei Länder einen gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsfonds, ohne jedoch einen konkreten Fondsbetrag oder Produktionsziele anzugeben. Innerhalb der EU stieß der Plan auf Kritik und wurde vielfach als Misstrauenserklärung an Brüssel verstanden.<sup>5</sup>

Dänemark gehörte auch zu den elf EU-Mitgliedstaaten, die vor dem europäischen Sozialgipfel im Mai 2021 in Porto eine gemeinsame Erklärung herausgaben, in der sie warnten, die nationale Zuständigkeit bei der Politikgestaltung in Bereichen wie Arbeit, Rente, Bildung und Kinderbetreuung zu respektieren. Auch dies kann als Misstrauensvotum gegenüber der EU verstanden werden und ist ein klares Zeichen der Zurückhaltung, Brüssel mehr Kompetenzen zu verleihen.<sup>6</sup>

Diese Tendenzen zeigten sich auch in der Einstellung der DänInnen gegenüber der EU. Laut einer Umfrage aus dem Winter 2020 war mehr als die Hälfte der EuropäerInnen der Meinung, dass die EU einen größeren Haushalt brauche, um die Folgen der Pandemie zu bewältigen. In Dänemark hingegen, dem Schlusslicht der Umfrage, wurde dies nur von 31 Prozent befürwortet. Dies kontrastiert mit der Haltung der DänInnen zur Frage, inwieweit die EU mehr Kompetenzen im Umgang mit Krisen wie der Covid-19-Pandemie haben sollte. Hier rangiert das Land etwa mit 62 Prozent Befürwortung im Mittelfeld des europäischen Einstellungsspektrums (EU-Durchschnitt: 66 Prozent). Vor diesem Hintergrund sehen KommentatorInnen die Möglichkeit, dass die Covid-19-Pandemie neben anderen Entwicklungen in der EU (wie dem Brexit) die Einstellung vieler DänInnen zur Notwendigkeit der europäischen Zusammenarbeit ändern könne. Hierbei sei es aber entscheidend, dass die EU nicht nur als eine marktbasierende Initiative verstanden wird, sondern DänInnen auch durch Themen wie Gesundheit, Klima und Sicherheit die EU mit einer sicheren Zukunft in Verbindung bringen.<sup>7</sup>

### **NextGenerationEU**

Als die EU-Mitgliedstaaten im Juli 2020 nach zähen Verhandlungen einen Kompromiss im Streit um das Haushalts- und Finanzpaket gefunden hatten, gehörte Dänemark zusammen mit Schweden, den Niederlanden und Österreich zu den sogenannten „Sparsamen Vier“. Diese stimmten dem Konjunktur- und Investitionsprogramm NextGenerationEU in Höhe von 750 Mrd. Euro zur Abfederung des Wirtschaftseinbruchs in Folge der

---

4 Thomas Prakash: Fra i dag er der grønt lys til at vælge skrottede vacciner: Sådan bliver ordningen, in: DR Nyheder, 20.5.2021.

5 Euractiv: Israel, Denmark, Austria agree deal for vaccine development, 5.3.2021.

6 David M. Herzshorn: Ahead of EU summit, 11 countries tell Brussels to back off on social policy, in: Politico, 22.4.2021.

7 Catharina Sørensen: Corona kan rykke ved Danskernes lyst til EU, in: Tænk tanken EUROPA, 18.11.2020.

Covid-19-Pandemie nur unter Bedingungen zu. So setzt sich das Programm nunmehr aus 390 Mrd. Euro Zuschüssen, die nicht zurückgezahlt werden müssen, und Krediten in Höhe von 360 Mrd. Euro zusammen (geplant waren 500 Mrd. Zuschüsse und 250 Mrd. Kredite).<sup>8</sup> Die Auszahlung der Hilfgelder soll zudem an die Umsetzung von Reformen in den Ländern gebunden sein. Die „Sparsamen Vier“ bekommen außerdem deutlich höhere Nachlässe auf ihre Einzahlungen in den EU-Haushalt als ursprünglich vorgesehen.

Dänemark zeigte sich mit dem verabschiedeten Kompromiss zufrieden. Insbesondere die im Vorfeld angebrachte Kritik an der „Vergemeinschaftung der Schulden“ sahen die „Sparsamen Vier“ als ausreichend adressiert. Aus Perspektive der dänischen Wirtschaft hat der Fonds das Potenzial, eine starke Exportförderung für das Land zu werden. Dies erfordert jedoch, dass Regierung und Wirtschaft ihre Exportbemühungen in bestimmte Länder verstärken. Nach Italien, Spanien, Frankreich und Polen, welche den Großteil der Fondsmittel erhalten, gehen heute nur 21 Prozent der dänischen Exporte in EU-Länder.<sup>9</sup>

Ende April 2021 gehörte Dänemark zu den ersten EU-Mitgliedstaaten, die der Europäischen Kommission ihren „Plan zur Wiederherstellung und Widerstandsfähigkeit“ vorlegten – eine Voraussetzung für Gelder aus dem Fonds. Laut dem Plan will das Land einen Großteil des Fonds für das Erreichen des ehrgeizigen dänischen Klimaziels verwenden. Circa 60 Prozent des dänischen Anteils am EU-Krisenfonds sollen für grüne Initiativen bereitgestellt werden, deutlich mehr als die geforderten 37 Prozent.<sup>10</sup>

### Konferenz zur Zukunft Europas

Die Konferenz zur Zukunft Europas begann am 9. Mai 2021 mit gut eineinhalb Jahren Verspätung, die nicht nur auf die Pandemie, sondern auch auf Streit zwischen Europäischem Parlament, Europäischer Kommission und Mitgliedstaaten über die Machtbefugnisse der Konferenz zurückgeht.<sup>11</sup> Die dänische Regierung befürchtete, dass die Konferenz eine Gefahr für eigene Entscheidungsbefugnisse darstellen könne. Gemeinsam mit elf anderen Mitgliedstaaten verwahrte sich das Land schon im Vorhinein dagegen, dass die Konferenz „rechtliche Verpflichtungen schaffe oder die etablierten Gesetzgebungsverfahren unangemessen beeinträchtige“<sup>12</sup>.

Nichtsdestotrotz wird erwartet, dass die Zukunftskonferenz die EU-Debatte in Dänemark prägen kann. Das Regierungsabkommen von 2020 sieht ein neues zwischenparteiliches Abkommen über die dänische Europapolitik vor, welches die meisten dänischen Parteien an ein gemeinsames Verständnis der Rolle Dänemarks in der EU binden würde. Die Pläne über ein solches Abkommen sind jedoch in die Zukunft verschoben worden, zunächst aufgrund der Covid-19-Pandemie. Zuletzt ließ die Regierung verlauten, dass sie mit dem Start der Debatte bis nach der Konferenz abwarten werde, wenn mehr Klarheit über die zukünftige Richtung der EU gegeben sei. Dies stieß auf Kritik, vor allem vor dem Hintergrund, dass sich als Folge des Brexit die traditionellen Bündnismuster in der EU auflösen. Um hierbei dänische Interessen zu wahren, wäre ein solches Abkommen eine große Unterstützung.

8 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Der Wiederaufbauplan der Europäischen Union“ in diesem Jahrbuch.

9 Jan Høst Schmidt/Lykke Friis: Genopretningsfonden – Danmarks største eksportfremstød, in: Tænketanken EUROPA, 23.3.2021.

10 Finansministeriet: Denmark's Recovery and Resilience plan, abrufbar unter [https://fm.dk/media/18771/denmarks-recovery-and-resilience-plan-accelerating-the-green-transition\\_web.pdf](https://fm.dk/media/18771/denmarks-recovery-and-resilience-plan-accelerating-the-green-transition_web.pdf) (letzter Zugriff 12.6.2021).

11 Vgl. hierzu auch den Beitrag „Konferenz über die Zukunft Europas“ in diesem Jahrbuch.

12 Malte Born et al.: Die EU will reden, in: ZEIT Online, 9.5.2021.

## Brexit

Die Konsequenzen des britischen EU-Austritts wurden sowohl in wirtschaftlicher als auch in politischer Hinsicht in Dänemark diskutiert. So wurden negative Auswirkungen auf die volkswirtschaftlichen Ziele des Landes erwartet. Neuere Studien zeigen jedoch, dass der Brexit geringere Folgen für Großhandel und Fischereibetrieb hat als befürchtet und sich bisher nicht negativ auf den dänischen Konsum auswirkt.<sup>13</sup>

Auf politischer Ebene besteht ein breiter Konsens, dass für Dänemark ein enger Verbündeter verloren geht und sich als Folge des Austritts die üblichen Koalitionsmuster in der EU auflösen. Eine 2020 vom Think Tank „EUROPA“ veröffentlichte Studie zur „dänischen Freundesjagd“ post-Brexit macht deutlich, dass Dänemark oft als eher wenig einflussreicher Akteur an der Peripherie Europas angesehen wird.<sup>14</sup> Bei der zukünftigen Allianzbildung wird es deshalb auch darum gehen, sich in einer ressourcenknappen Welt möglichst viel Einfluss zu sichern. Hierbei machen vor allem die langfristigen Klimaschutzbemühungen Dänemark zu einem wichtigen und glaubwürdigen Akteur. Auch bei der Digitalisierung wird dem Land großer Einfluss zugeschrieben. Damit hat Dänemark durchaus Potenzial, als attraktives Partnerland gesehen zu werden.

Vor diesem Hintergrund wird vermehrt die Bedeutung der relativ neuen Allianz der „Sparsamen Vier“ hervorgehoben. Sollte es dem Bündnis gelingen, zu einem dauerhaften Machtfaktor in der EU zu werden, kann dies die Situation Dänemarks nach dem Brexit verbessern. Die dänische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen unterstützt eine solche Zusammenarbeit. Es gibt Anzeichen dafür, dass dies nicht ganz unrealistisch ist. So zeigen neueste Umfragen, dass zumindest Schweden und die Niederlande stärker als noch vor zwei Jahren Dänemark als eines der Länder wahrnehmen, mit denen sie in EU-Fragen am meisten in Kontakt treten.<sup>15</sup>

## Fazit

Das vergangene Jahr war politisch stark von den Bemühungen der dänischen Regierung und Gesellschaft geprägt, die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie abzufedern. Der europafreundlichere Trend der dänischen Politik und Gesellschaft der letzten Jahre setzte sich nicht fort. Für die Zukunft bleibt abzuwarten, wann und wie die Debatte um das neue zwischenparteiliche Abkommen über die dänische Europapolitik startet, das vermutlich einen klareren Ausblick auf die Zukunft der dänischen Europapolitik geben wird.

## Weiterführende Literatur

David Olganier/Trine H. Mogensen: The Covid-19 pandemic in Denmark: Big lessons from a small country, in: Cytokine & Growth Factor Reviews, 53/2020, S. 10–12.

Maja Kluger Dionigi/Marlene Wind: Denmark: Ambivalence Towards the EU – from Foot-Dragging to Pacesetters?, in: Michael Kaeding et al. (Hrsg.): Euroscepticism and the Future of Europe, London 2021, S. 35–38.

---

13 Københavns Universitet: Brexit får mindre konsekvenser for økonomi og beskæftigelse i fiskeindustrien end frygtet, 8.4.2021.

14 Tænketanken EUROPA: Sådan kan EU's genopretningsfond blive Danmarks hidtidig størsteeksportfremstod, 23.3.2021, abrufbar unter <http://thinkeuropa.dk/sites/default/files/genopretningsbrief.pdf> (letzter Zugriff 12.6.2021).

15 Catharina Sørensen: Kan sparebanden blive vigtig for Danmark efter Brexit?, in: Tænketanken EUROPA, 27.8.2020.